

II— 4588 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/68-1/78

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 22. Dezember 1978
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

2152/AB

1979 -01- 02

zu 2159/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Wilhelmine
MOSER und Genossen an die Frau Bundes-
Minister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Daten über die Abtreibungs-
praxis in Österreich (Nr. 2159/J-NR/1978)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende
Fragen gerichtet:

- "1) Stehen dem Bundesministerium für Gesundheit und Um-
weltschutz wissenschaftlich erhobene Zahlen hin-
sichtlich der in Österreich durchgeführten Schwanger-
schaftsabbrüche und zur Empfängnisverhütung zur Ver-
fügung?
- 2) Wenn ja, stimmen die Ergebnisse mit dem von Doz.
ROCKENSCHAUB vorgelegten Zahlenmaterial überein?
- 3) Wenn nein, warum zeigt man im Bundesministerium
für Gesundheit und Umweltschutz für dieses gesund-
heitspolitische Problem so geringes Interesse?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1):

Aus der in der Statistik der Krankbewegungen in Kranken-
anstalten Österreichs unter der Krankheitsgruppe 78 "Fehl-
geburt und Schwangerschaftsunterbrechung" angeführten Zah-
len kann lediglich ein Hinweis auf die Zahl der in Kranken-
anstalten durchgeführten Schwangerschaftsunterbrechungen
gewonnen werden.

Eine Meldepflicht über durchgeführte Schwangerschaftsabbrüche durch freipraktizierende Ärzte besteht nicht.

Ich habe bereits in Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 104/J-NR/1976 und Nr. 288/J-NR/1976 eindeutig erklärt, daß ich die Einführung einer solchen Meldepflicht grundsätzlich ablehne, da Maßnahmen dieser oder ähnlicher Art weder den Ärzten noch den Frauen zumutbar sind.

Zu 2):

Da statistisch erhobenes Zahlenmaterial nicht zur Verfügung steht, ist ein Vergleich mit dem von Doz.

Dr. ROCKENSCHAUB vorgelegten Zahlenmaterial nicht möglich.

Zu 3):

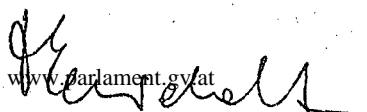
Wie ich eingangs bereits ausführte, wurde bewußt anlässlich der Einführung der Fristenlösung auf eine Meldepflicht für Schwangerschaftsunterbrechungen verzichtet, um nicht die davon betroffenen Frauen zu diskriminieren.

Ich bin aber nach wie vor davon überzeugt, daß gerade in solchen höchstpersönlichen Angelegenheiten eine Beratung bzw. Aussprache im konkreten Einzelfall den größten Erfolg bringen wird. Ich werde daher weiterhin die Bemühungen der Bundesregierung nach Möglichkeit fördern und unterstützen, die Zahl der Familienberatungsstellen zu erhöhen und ihre Inanspruchnahme bei den Frauen zu propagieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß das Ludwig-Boltzmann-Institut für Geburtenregelung und Schwangerenbetreuung (Leiter: Univ.Doiz.Dr. ROCKENSCHAUB) von meinem Bundesministerium durch namhafte Beträge subventioniert wird, um u.a. auch das Projekt "Motive zum Schwangerschaftsabbruch" durchführen zu können.

Ferner wird die genetische Beratungsstelle in Graz, die der Beratung von Ehepaaren und Schwangeren zur Frage erbkranken Nachwuchses dient, durch namhafte Beträge des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz subventioniert.

Der Bundesminister:


www.parlament.gv.at